

## Ideen helfen mehr als Stacheldraht

Wir brauchen keinen schmutzigen Deal. Von einer intelligenten und weitsichtigen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik profitieren auch wir, die wir bereits in Europa leben. Von Gesine Schwan

Die bisherige Flüchtlings- und Asylpolitik der Europäischen Union ist zynisch, nur möchten das nur wenige in Brüssel und Berlin, Paris und Rom laut und offen sagen. Ein Essay zur Migrationsfrage in diesem Feuilleton benannte das Problem vergangene Woche in großer Klarheit, was Mut erfordert – um dann aber zu einer überraschenden Folgerung zu kommen: Dass nun ein ausdrücklicher und offener Zynismus notwendig sei, wie ihn Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit ihren Plänen für Registrierzentren und Lagern an den EU-Außengrenzen offenbar zu praktizieren gedenkt. Die bisher bremsenden zu hohen moralischen Ansprüche der Deutschen in der Migrationsfrage beförderten den politischen Rechtsextremismus. Nur ein notgedrungener Zynismus in der Asyl- und Flüchtlingspolitik könne in dieser Situation verhindern, dass die EU wegen der Migrationsfrage auseinanderbreche.

Folgte man dem Autor, würde Putins zynisches Kalkül aufgehen, mit dem Krieg gegen die Ukraine Flüchtlingsbewegungen nach Europa auszulösen, die es von innen her zersetzen. Vielleicht kommt es dazu, aber keineswegs „notgedrungen“ – sondern nur, wenn die Europäer und die deutsche Bundesregierung die Flüchtlinge gegen deren Willen, gegen deren Interessen und gegen das Völkerrecht unter ihre Kontrolle bringen wollen. Dieser Ansatz ist fantasielos und rücksichtslos, ignoriert vernünftige Kooperationsansätze, die den Interessen sowohl der Europäer als auch der Schutzsuchenden gerecht werden könnten.

Eine solche zynische Politik wird freilich nicht erreichen, was sie verspricht. Geflüchtete werden immer Wege suchen und in großer Zahl auch finden, um für ihr Überleben nach Europa zu gelangen. Dagegen würde ein erklärter Zynismus der EU ihren geistigen Kern rauben und sie wirklich zerstören.

Kenner der Materie wissen, dass der Vorschlag, Registrierzentren „an den Außengrenzen“ einzurichten, die Flüchtlinge dort nach Asylchancen zu sortieren und das Verfahren der Prüfung angeblich ganz zügig durchzuführen, alles andere als neu ist. Der Vorschlag wird auch jetzt nicht halten, was er verspricht. Stattdessen werden wir fotogene Lager mit Stacheldrahtzäunen und Wachttürmen erhalten, mit erkennbarem Elend. Sie werden lediglich den Vorwurf des Zynismus und der Scheinheiligkeit der Europäischen Union und auch der deutschen Bundesregierung bekräftigen, den der globale Süden insbesondere in Afrika angesichts des Ukrainekriegs und der Debatte um den Kolonialismus Europa und dem Westen immer offensiver vorträgt.

Wie gedankenlos muss man sein, eine solche Flüchtlingspolitik anzustreben und gleichzeitig durch den globalen Süden zu touren und um Unterstützung für die Menschenrechte in Sachen Ukraine zu werben, die man sehenden Auges selbst missachtet? Und was spricht dafür, dass die europäischen Staaten, nur weil es diese Zentren gibt, bereit sein werden, „aussichtsreiche“ Asylsuchende von nun an solidarisch aufzunehmen? Nichts.

Wenn wir die EU zusammenhalten wollen, muss ein wirklicher Paradigmenwechsel her, den die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat und den sie jetzt zu verraten droht. Er besteht darin,

die langfristigen Interessen der Europäer – gerade auch in ihren Unterschieden zwischen den äußeren Grenzstaaten und den Innenstaaten – und die der Geflüchteten ebenso wie der übrigen Migranten ernst zu nehmen und miteinander abzustimmen. Dann kann eine kooperativ gesteuerte Asyl- und Einwanderungspolitik einigermaßen gelingen. Beides muss rechtlich unterschieden, aber politisch zusammengesehen werden. Wenn uns das nicht gelingt und wir praktisch eben keinen geordneten Zugang in die EU zustande bringen, werden die Rechtsextremen immer das Verhetzungspotenzial nutzen, das in der dann noch stärker zutage tretenden Hilflosigkeit und im Selbstwiderspruch der europäischen Asylpolitik für sie bereitliegt. Den skandalösen Kontrollverlust in der Migration überwinden wir nur durch nüchterne intelligente Kooperation. Dazu gehört ein anderes Anreizsystem. Wie könnte es aussehen?

Den afrikanischen Staaten zuzumuten, Registrierzentren an ihren Grenzen zur EU einzurichten, würde zu Recht scheitern. Sie dazu finanziell zu „erpressen“, ist kurzsichtig und würde Putin weiter den Weg bereiten. Wenn solche Zentren innerhalb der europäischen Ankunftsstaaten installiert werden, gibt es nur eine Chance, die Aufenthaltszeit auf höchstens etwa zwölf Wochen zu reduzieren (und damit die Zustimmung der europäischen Ankunftsstaaten zu erleichtern): nämlich gemäß dem niederländischen Modell, das der frühere Bürgermeister von Amsterdam ausgearbeitet hat. Es gewährt allen Schutzsuchenden sofort unabhängigen Rechtsbeistand in europäischer Verantwortung und lässt von vornherein die Mitarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu, die den Prozess begleiten und die Schutzsuchenden auch aufklären können. Die Idee findet sich auch im Koalitionsvertrag. So sind die Verfahren schneller und zugleich rechtssicher durchzuführen, und Revisionen können in Grenzen gehalten werden. Ohne diese beiden Elemente wird es erneut ewige Wartezeiten oder/und offensichtliche Rechtsbeugungen geben. Diese Bedingungen sind die unverzichtbare Voraussetzung für Vertrauensbildung auf beiden Seiten und für eine erfolgreiche Kooperation.

Nur wenn es darüber hinaus für die Schutzsuchenden sinnvoll ist, freiwillig in diesen Registrierzentren zu bleiben, werden uns die menschlich abscheulichen und zugleich medienwirksamen Bilder von Stacheldraht- und Wachtürmen um sie herum erspart bleiben. Der Sinn für die Schutzsuchenden könnte darin liegen, dass sie sich dort zu ihrem eigenen Vorteil auch über zukünftige Aufenthaltsorte kundig machen können. Dafür werden zurzeit zusammen mit Kommunen Matching-Systeme erprobt.

Dabei legen Geflüchtete (wieder am besten mit Hilfe von NGOs) dar, wo ihre Präferenzen sind, was sie anbieten können (Ausbildung, Arbeitskräfte) und was sie spezifisch brauchen. Das wird mit Angeboten und Bedarfen der Kommunen gematcht, die bereit sind, Schutzsuchende aufzunehmen. Sie sollen etwa auf ihrer Homepage ihre Angebote und ihren Bedarf beschreiben, ihre Demografie, Infrastruktur, Wohnungsmöglichkeiten, was für Arbeitskräfte vor Ort gesucht werden. Mit einem Algorithmus lassen sich Angebot und Nachfrage zusammenbringen – das etwa könnte in den Ankunftscentren geschehen.

Voraussetzung für diese Strategie ist die Einrichtung eines EU-Fonds für Integration und Entwicklung. Alle Versuche einer obligatorischen und selbst einer freiwilligen „solidarischen“ Verteilung der anerkannten oder geduldeten Geflüchteten in der EU werden scheitern, wenn kein europäisches Anreizsystem für die europäischen Kommunen geschaffen wird, Geflüchtete aufzunehmen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel hat dazu vor einiger Zeit ein Gutachten erstellen lassen, das die europarechtliche Zulässigkeit eines solchen Anreizsystems belegt. Es besteht darin, aufnehmenden Kommunen aus einem europäischen Fonds nicht nur die Integrationskosten zu erstatten, sondern in

derselben Höhe auch davon unabhängige Projekte der Kommunen für „Einheimische“ zu finanzieren. Das reduziert unter anderem beträchtlich das Verhetzungspotenzial der Aufnahme. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat einen solchen Fonds schon im Frühjahr 2017 vor dem Europäischen Parlament vorgeschlagen. Man sollte ihn beim Wort nehmen.

Das setzt eine Koalition der Willigen voraus, die der Koalitionsvertrag vorsieht und deren Mitgliederstaaten bereit sind, mit den Kommunen zu ihrer eigenen Entlastung zu kooperieren. Sonst wäre das gegenwärtig rechtlich zu schwierig.

Gerade mit einer Koalition der Willigen kann man kleiner anfangen – und die Nicht-Willigen bezahlen lassen. Ein solcher Fonds müsste wohl jährlich etwa 50 Milliarden Euro enthalten, von denen allerdings die Hälfte für kommunale Investitionen jenseits der Integration von Geflüchteten genutzt werden könnten.

Diese Strategie ist nicht einfach, aber sie bietet als einzige die Chance zu funktionieren, vor allem weil sie bei Schutzsuchenden wie bei den Einheimischen auf Freiwilligkeit und Anreize baut. Sie setzt ein „Out of the Box“-Denken voraus und eine erhebliche Anstrengung. Solange die Bundesregierung eine solche Anstrengung nicht erkennen lässt, kann man ihr nicht abnehmen, dass sie es mit dem Völkerrecht und mit einem Europa der Menschenrechte ernst meint.

Das Plädoyer für Zynismus als kleineres Übel und die Behauptung: „Je moralischer die Politik ist, desto größer ist das Problem“, sind nicht begründet. Und sie sind kurzsichtig: Zynismus führt die EU nicht zusammen, sondern sät Angst, Misstrauen und Verachtung. Die Europäische Union braucht in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse eine intelligente Politik, die dann sogar auf längere Sicht der Moral am nächsten kommt.

**Gesine Schwan** ist Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission.